



# Sand im Getriebe

Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung

Ausgabe 2/2002 (29. Januar 2002)

eMail: [sand.im.getriebe@attac.org](mailto:sand.im.getriebe@attac.org)

## Zum Eintragen:

Um den wöchentlichen Newsletter „Sand im Getriebe“ zu abonnieren, schickt eine eMail mit dem Inhalt: subscribe sandimgetriebe an: [Majordomo@listi.jpberlin.de](mailto:Majordomo@listi.jpberlin.de)

## Zum Austragen:

Falls Ihr „Sand im Getriebe“ in Zukunft nicht mehr bekommen wollt, schickt eine eMail mit dem Inhalt: unsubscribe sandimgetriebe an: [Majordomo@listi.jpberlin.de](mailto:Majordomo@listi.jpberlin.de)

## Der Inhalt

1. **Aufruf gegen die Politik der Entpolitisierung von Pierre Bourdieu.** All das, was man unter dem deskriptiven und zugleich normativen Begriff der «Globalisierung» fasst, ist keineswegs das Ergebnis zwangsläufiger ökonomischer Entwicklungen, sondern einer ausgeklügelten und bewusst ins Werk gesetzten, sich ihrer verheerenden Folgen allerdings kaum bewussten Politik.
2. **Argentinien: Krise ohne Ende? Von Pedro Morazán.** Die ehemalige „Kornkammer der Welt“ und heute noch eines der wichtigsten Exporteure von Agrarprodukten und Rindfleisch sieht sich gezwungen den Notstand für Nahrungsmittel aufzurufen. Das Land ist bankrott und hat bereits das größte Schuldenmoratorium in der Geschichte der Weltwirtschaft erklärt.
3. **Attac im Zénith von Bernard Cassen.** Wir haben das attac-Ereignis vom 19. Januar zu klein angesetzt, als wir das Zénith für 3.500 Plätze hergerichtet haben. In Wirklichkeit mussten sehr bald die Vorhänge an der Bühne aufgezogen werden, um den Saal auf 6.000 Plätze aufzustocken.
4. **Von Doha lernen von Walden Bello.** Wie soll man die Ergebnisse des Ministertreffens der Welthandelsorganisation in Doha charakterisieren? Ich bin mir nicht sicher, ob eine Debatte darüber, ob in Doha eine neue Runde von Handelsberatungen eingeleitet worden ist, oder nicht, sehr weit führen würde. Dort ist jedoch etwas sehr Besorgnis erregendes geschehen, etwas, das wir der Öffentlichkeit, die im Moment im Bezug auf die Folgen von Doha reichlich verwirrt ist, sehr dringend vermitteln müssen.

## 1. Aufruf gegen die Politik der Entpolitisierung von Pierre Bourdieu

**Dieser Aufruf erschien 2001 gleichzeitig in der WoZ (Zürich), Le Courrier (Genf), Solidarietà (Lugano), in der tageszeitung (Berlin), L'Humanité (Paris), Ta Nea (Athen), dem tagblatt (Luxemburg), Le Matin (Brüssel), Il manifesto (Rom).**

All das, was man unter dem deskriptiven und zugleich normativen Begriff der «Globalisierung» fasst, ist keineswegs das Ergebnis zwangsläufiger ökonomischer Entwicklungen, sondern einer ausgeklügelten und bewusst ins Werk gesetzten, sich ihrer verheerenden Folgen allerdings kaum bewussten Politik. Diese Politik, die sich schamlos eines Vokabulars der Freiheit, des Liberalismus, der Liberalisierung, der Deregulierung bedient, ist in Wirklichkeit eine Politik der Entpolitisierung und zielt paradoxerweise darauf ab, die Kräfte der Ökonomie von all ihren Fesseln zu befreien, ihnen dadurch einen fatalen Einfluss einzuräumen und die Regierungen ebenso wie die Bürger den derart von ihren Fesseln «befreiten» Gesetzen der Ökonomie zu unterwerfen. Es ist vor allem die in den Sitzungen der grossen internationalen Organisationen, wie der WTO oder der Europäischen Kommission, innerhalb all der «Netzwerke» multinationaler Unternehmen entwickelte Politik, die sich auf den verschiedensten Wegen – und das sind in erster Linie juristische – bei den liberalen oder gar sozialdemokratischen Regierungen einer ganzen Reihe von wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern durchgesetzt hat, was dazu führte, dass diese ihre frühere Kontrolle über die Kräfte der Ökonomie Schritt für Schritt aufgeben haben.

Gegen diese Politik der Entpolitisierung gilt es nun, der Politik, politischem Denken und Handeln wieder ihren rechtmässigen Platz einzuräumen und für dieses Handeln einen geeigneten Ansatzpunkt zu finden, der heute jenseits der Grenzen des Nationalstaats liegt, sowie die dazu erforderlichen Mittel, die sich nicht mehr auf die politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens beschränken können. Zugegebenermassen ist ein solches Unternehmen aus verschiedenen Gründen nur sehr schwer umzusetzen: zunächst, weil die politischen Instanzen, die es zu bekämpfen gilt, nicht nur in einem geografischen Sinne weit entfernt sind und ihre Methoden oder Akteure

kaum mehr denen jener politischen Instanzen ähneln, mit denen man es in den früheren Kämpfen zu tun hatte; ferner weil die Macht der Akteure und Institutionen, die heutzutage die Herrschaft über Wirtschaft und Gesellschaft haben, auf einer ausserordentlichen Konzentration sämtlicher Arten von (wirtschaftlichem, politischem, militärischem, kulturellem, wissenschaftlichem, technologischem) Kapital beruht. Diese Kapitalkonzentration bildet die Grundlage einer noch nie zuvor dagewesenen symbolischen Herrschaft, die vor allem über die Medien ausgeübt wird, wobei diese selbst und oft unwissentlich von den grossen internationalen Kommunikationsagenturen sowie durch die Logik der sie zu Gegenspielern machenden Konkurrenz manipuliert werden.

Hinzu kommt noch, dass bestimmte Ziele eines wirkungsvollen politischen Handelns auf europäischer Ebene angesiedelt sind – zumindest insoweit europäische Unternehmen und Organisationen ein bestimmendes Element der herrschenden Kräfte im globalen Massstab geworden sind. Für all jene, die den herrschenden Kräften des Marktes wirkungsvoll entgegentreten wollen, muss ein vernünftiges Ziel also zweifelsfrei darin bestehen, eine europaweite und vereinte soziale Bewegung aufzubauen, die imstande ist, die unterschiedlichsten, gegenwärtig noch gespaltenen Bewegungen sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu sammeln.

### Eine offene Koordination

So unterschiedlich diese sozialen Bewegungen aufgrund ihrer jeweiligen Ursprünge, Anliegen und Ziele auch sein mögen, besitzen sie doch eine ganze Reihe gemeinsamer Züge, die sie zu einer Art «Verwandten» machen. Da viele von ihnen vor allem aus der Ablehnung traditioneller Formen der politischen Mobilisierung – insbesondere jener Mobilisierungsformen, die in der Tradition der Parteien sowjetischen Typs stehen – hervorgegangen sind, ist diesen Bewegungen zuallererst eine

ausgeprägte Abneigung gegen jedwede Monopolisierung durch kleine Minderheiten gemeinsam. Sie beruhen im Gegenteil auf einer unmittelbaren Einbindung aller Mitwirkenden (was ihnen aufgrund des Auftretens eines neuartigen Typus von Anführern möglich ist, die mit einer im Vergleich zu den traditionellen Verantwortlichen höheren politischen Kultur ausgerüstet sind). In dieser Hinsicht stehen sie der freiheitlich-libertären Tradition nahe, ziehen selbst verwaltete, wendige und schlagkräftige Organisationsformen vor, die den Beteiligten die Möglichkeit eröffnen, wieder als aktive Subjekte ins Geschehen einzugreifen – vor allen Dingen gegen die Parteien, deren Monopol auf politisches Handeln sie in Frage stellen. Ein weiterer gemeinsamer Zug besteht darin, dass sie hinsichtlich der Ziele und Mittel originelle Aktionsformen mit stark symbolischem Gehalt erfinden. Sie richten sich auf genau bestimmte, greifbare und für das gesellschaftliche Leben bedeutsame Ziele (Wohnung, Arbeit, Gesundheit, die Belange der Sans-Papiers usw.), für die sie praktische und direkt umsetzbare Lösungen anbieten; und sie achten darauf, dass ihre Vorschläge wie auch ihr Widerstand in exemplarischen Aktionen konkrete Formen annehmen, die direkt auf das jeweilige Problem bezogen sind und ein ausgeprägtes persönliches Engagement seitens der Beteiligten und Verantwortlichen erfordern. Letztere haben dank einer genauen Kenntnis der Funktionsweise der Medien zum Grossteil eine Meisterschaft darin entwickelt, wie man ein Ereignis «produziert», ein Anliegen dramatisiert, um dadurch den Blick der Medien – und über diesen Umweg auch den der Politik – darauf zu ziehen. Das bedeutet keineswegs, dass diese Bewegungen nur Artefakte sind, inszeniert von einer sich auf die Medien stützenden Minderheit. In Wirklichkeit ist ein realistischer Umgang mit den Medien mit einem Engagement verknüpft, das lange Zeit am Rande der «traditionellen» Bewegungen, etwa der Parteien oder Gewerkschaften, geleistet wurde, manchmal gar von einer selbst wiederum marginalen und in der Minderheit befindlichen Fraktion dieser Bewegungen unterstützt, und das bei bestimmten Gelegenheiten an Sichtbarkeit gewinnen konnte, was zumindest kurzfristig seine soziale Basis erweitert

hat. Die bemerkenswerteste Tatsache ist jedoch darin zu sehen, dass diese neuen sozialen Bewegungen von Anfang an einen internationalen Charakter hatten, was teilweise einfach daran lag, dass sie sich gegenseitig zum Vorbild nahmen, teilweise aber auch, dass es, wie etwa im Fall der Wohnungskämpfe, zeitgleich in verschiedenen Ländern zur Erfindung ähnlicher Aktionsformen kam. (Bleibt noch anzumerken, dass die Besonderheit der neuen Kampfformen darin besteht, dass sie einiges an Auftrieb durch die Öffentlichkeit erhalten, die ihnen, manchmal wider Willen, von den Medien verschafft wird: Die Anzahl der Demonstranten ist weniger wichtig als das durch eine Demonstration oder irgendeine Aktion, etwa einen gut platzierten Zeitungsartikel, ausgelöste Echo in den Medien und der Politik. Die von den Medien verschaffte Aufmerksamkeit ist jedoch per definitionem nur verkürzend und häufig einseitig, vor allem aber von nur kurzer Dauer. Man interviewt die Wortführer, sendet ein paar aufrüttelnde Reportagen, aber die Forderungen der Bewegungen werden in den öffentlichen Debatten selten ernst genommen, vor allem aufgrund des eingeschränkten Verständnisses und der Grenzen der medienmässigen Vermittlung. Es ist daher unerlässlich, dauerhaft und unabhängig von den Gelegenheiten, die sich in den Medien bieten, engagiert zu arbeiten und den damit einhergehenden theoretischen Aufwand nicht zu scheuen.)

Eine dritte Gemeinsamkeit: All diese Bewegungen lehnen die neoliberale Politik ab, die willfährig den Zielen der multinationalen Grossunternehmen zur Durchsetzung verhilft. Und ein viertes gemeinsames Merkmal besteht schliesslich darin, dass sie mehr oder weniger international und internationalistisch sind. Das zeigt sich

vor allem am Beispiel der Arbeitslosenbewegung oder auch der Bewegung, die von der Confédération paysanne (dem Landwirtebund) und José Bové initiiert wurde. Dort lässt sich eine Sensitivität für die französischen Kleinbauern und ein Wille zu ihrer Verteidigung beobachten, der zugleich aber auch die besitzlosen Landwirte Lateinamerikas mit einschliesst. All diese Bewegungen sind partikularistisch und internationalistisch

zugleich. Sie verteidigen Europa nicht isoliert wie eine Insel, sondern über den Umweg Europa eine bestimmte Art der sozialen Einrahmung der Ökonomie, was freilich in enger Verbindung mit anderen Ländern geschehen muss (beispielsweise mit Korea, wo es viele Menschen gibt, die grosse Erwartungen auf eine kontinenteübergreifende Solidarität setzen). Eine letzte sie auszeichnende Gemeinsamkeit besteht in ihrer solidarischen Haltung, die eine Art unausgesprochener Grundsatz der meisten ihrer Kämpfe bildet und die sie in ihren Aktionen (zugunsten aller mit dem Zusatz «-lose» bezeichneten Gruppen: Obdachlose, Arbeitslose etc.) wie auch durch die von ihnen gewählte Organisationsform umzusetzen bemüht sind.

Die Feststellung einer solchen Nähe hinsichtlich der Mittel und Ziele ihres politischen Kampfes erfordert keine Vereinigung der überall verstreut tätigen Gruppen. Obgleich dies gerade von den über solche Übereinstimmungen und Überschneidungen überraschten jungen Aktivisten häufig gefordert wird, wäre das zweifelsohne weder machbar noch erstrebenswert. Erforderlich wäre jedoch eine Koordination der Forderungen und des Vorgehens, ohne dass damit irgendwelche Vereinnahmungsabsichten verbunden wären. Diese Koordination müsste die Form eines Netzwerks annehmen, in dem sich Einzelne und Gruppen zusammenschliessen könnten, ohne dass irgendwer die Möglichkeit hätte, die anderen zu beherrschen oder einzuschränken, und in dem der gesamte Reichtum an unterschiedlichen Erfahrungen, Sichtweisen und Programmen gewahrt bliebe. Ihm käme vor allem die Aufgabe zu, die noch zersplittert agierenden sozialen Bewegungen aus ihren zeit- und ortsgebundenen Partikularismen zu reissen und ihnen vor allem dabei zu helfen, das Hin und Her zwischen Zeiten intensiver Mobilisierung und Zeiten einer latenten oder verlangsamten Existenz zu überwinden, ohne dabei bürokratischer Konzentration Raum zu geben.

Gegenwärtig existieren bereits viele Zusammenschlüsse, eine Menge gemeinsamer Unternehmungen, die jedoch in den einzelnen Ländern, besonders aber über Ländergrenzen hinweg noch äusserst verstreut und unverbun-

den nebeneinander existieren. So gibt es etwa in jedem Land zahlreiche Tages- oder Wochenblätter und kritische Zeitschriften – das Angebot des Internets einmal beiseite gelassen –, die voller Analysen, Vorschläge und Anregungen für die Zukunft Europas und der Welt stecken, doch all diese Arbeit findet sich nur weit verstreut, niemand liest all das. Diejenigen, die diese Arbeiten produzieren, stehen oft miteinander in Konkurrenz, sie kritisieren sich gegenseitig, obwohl ihre Beiträge sich doch ergänzen und aufeinander aufbauen könnten. Die Herrschenden reisen umher, sie haben Geld, sprechen viele Sprachen, fühlen sich aufgrund ihrer kulturellen Vorlieben und ihres Lebensstils verbunden. Auf der Gegenseite finden sich hier und da verstreut Leute, die durch sprachliche oder soziale Barrieren voneinander getrennt sind. All diese Menschen zusammenzubringen, ist in höchstem Masse nötig und schwierig zugleich. Viele Hindernisse stellen sich in den Weg. Tatsächlich sind ja eine Menge fortschrittlicher Kräfte, Strukturen des Widerstands, angefangen bei den Gewerkschaften, an den Nationalstaat gebunden. Die Leute sind es gewöhnt, ihre Kämpfe auf nationaler Ebene auszufechten. Das Problem besteht nun darin, wie es den neuartigen transnationalen Mobilisierungsstrukturen gelingen könnte, die traditionellen, nationalen Strukturen mitzuziehen. Auf jeden Fall muss sich die soziale Bewegung auf den Staat stützen – freilich, indem sie den Staat zugleich verändert – und sie muss sich auf die Gewerkschaften stützen – freilich, indem sie auch sie verändert, was eine enorme, zu einem grossen Teil intellektuelle Arbeit erfordert. Eine Aufgabe der Wissenschaftler könnte (idealerweise) darin bestehen, für die soziale Bewegung die Rolle von Ratgebern in Sachen Organisation zu spielen, indem sie den verschiedenen Gruppen bei der Überwindung ihrer Unstimmigkeiten helfen.

Flexibel und nachhaltig zugleich müsste diese Organisation dann zwei verschiedene Vorhaben in Angriff nehmen: Zum einen müsste sie bei jeweils kurzfristig anberaumten und auf die jeweiligen Umstände bezogenen Treffen aufeinander abgestimmte und auf greifbare Ziele gerichtete Aktionen vorbereiten; zum anderen während regelmässiger Zusammenkünfte der Vertreter aller betroffenen Gruppen

allgemein bedeutsame Fragen zur Diskussion stellen und gemeinsam an langfristigen Zielsetzungen arbeiten. Es käme hier freilich darauf an, im Überschneidungsbereich der Betätigungsfelder der einzelnen Gruppen allgemeine Ziele auszumachen und zu entwickeln, bei deren Verwirklichung alle mitwirken und dazu ihre jeweiligen Möglichkeiten und Mittel beisteuern könnten. Man darf getrost hoffen, dass sich aus dieser demokratischen Begegnung einer Vielzahl von Menschen und Gruppen, die einige wesentliche Vorstellungen und Überzeugungen teilen, allmählich ein Bündel von kohärenten und sinnvollen Antworten auf jene grundlegenden Fragen ergibt, für die weder die Gewerkschaften noch die Parteien globale Lösungen anbieten können.

### Die Erneuerung der Gewerkschaften

Eine europäische soziale Bewegung ist natürlich kaum denkbar ohne die Beteiligung einer reformierten Gewerkschaftsbewegung, vorausgesetzt allerdings, sie überwindet die äusseren und inneren Hürden, die ihrem Erstarren und ihrer Einigung auf europäischer Ebene im Wege stehen. Es ist nur dem Anschein nach paradox, den Niedergang der Gewerkschaftsbewegung für eine mittelbare und zeitlich verzögerte Folge ihres Triumphes zu halten. Viele Forderungen, die hinter den gewerkschaftlichen Kämpfen standen, sind zu Institutionen geworden, die nun, als sozialstaatliche Rechtsbestände, Stoff für Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften selbst bilden. Als parastaatliche, oft vom Staat selbst finanzierte Instanzen wirken die Gewerkschaftsbürokratien an der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums mit, sie sichern durch die Vermeidung von Konfrontationen den sozialen Kompromiss. Es kommt immer wieder vor, dass die Verantwortlichen in den Gewerkschaftszentralen zu reinen Verwaltern mutieren, weit entfernt von den Sorgen und Nöten ihrer Mandanten. Dann kann es geschehen, dass sie die Logik der Konkurrenz zwischen den Apparaten oder innerhalb der Apparate dazu verführt, die eigenen Interessen eher zu verteidigen als die Interessen derer, die sie eigentlich vertreten sollten. Dies hat zu einem nicht geringen Teil dazu beigetragen, dass sich die Beschäftigten von den Gewerkschaften abgewandt haben

und sogar den Gewerkschaftsmitgliedern eine aktive Mitgestaltung in der Organisation verleidet wurde.

Freilich können diese Entwicklungen im Innern alleine nicht erklären, dass wir es mit einer sinkenden Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern zu tun haben, die noch dazu immer weniger aktiv sind. Die neoliberale Politik trägt auch hier ihren Teil zur Schwächung der Gewerkschaften bei. Die «Flexibilisierung» und vor allem die Prekarisierung einer wachsenden Zahl von Beschäftigungsverhältnissen und der daraus sich ergebende Wandel der Arbeitsbedingungen und Arbeitsanforderungen bewirken, dass ein gemeinsames Vorgehen und selbst die einfache Informationsarbeit immer schwieriger werden, während die Reste der sozialen Sicherung einen Teil der Beschäftigten weiterhin schützen. Dies hält vor Augen, wie unerlässlich, aber auch schwierig eine Reform gewerkschaftlicher Arbeit ist, eine Reform, die eigentlich Ämterrotation und eine Infragestellung des Modells der uneingeschränkten Delegation ebenso voraussetzte wie die Erfindung neuartiger Techniken zur Mobilisierung der ungesicherten und randständigen Beschäftigten.

Die völlig neuartige Organisation, auf deren Schaffung es hier ankäme, müsste also imstande sein, die Zersplitterung nach unterschiedlichen Zielen und nationalen Zugehörigkeiten sowie die Teilung in Gewerkschaften und «Bewegungen» zu überwinden. Dabei müsste darauf geachtet werden, dass man der Gefahr der Monopolisierung entgeht, die über all diesen sozialen wie gewerkschaftlichen Bewegungen schwebt, aber auch der Erstarrung aufgrund einer beinahe schon neurotischen Furcht vor dieser Gefahr. Der Aufbau eines dichten und schlagkräftig arbeitenden internationalen Netzwerks von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die durch gegenseitigen Austausch in Konzertierungs- und Diskussionsforen, wie etwa den «Generalständen der europäischen Sozialbewegung» (Etats généraux du mouvement social européen), neue Anstösse erhielten, würde ein mit bestimmten Forderungen auftretendes internationales Vorgehen möglich machen, das nichts mehr gemein hätte mit der Arbeit der offiziellen Institutionen, in denen manche

Gewerkschaften ja vertreten sind (wie im Europäischen Gewerkschaftsbund), ein Vorgehen, das auch die Aktionen all jener Bewegungen einbezöge, die pausenlos mit neuen, spezifischen Situationen konfrontiert sind und deren Arbeit dadurch gewisse Grenzen auferlegt sind.

### Wissenschaftler und Aktivisten

Zur Überwindung der Spaltungen zwischen den sozialen Bewegungen und zur Sammlung aller verfügbaren Kräfte gegen die ihrerseits bewusst und fein aufeinander abgestimmten herrschenden Kräfte ist eine Arbeit vonnöten, die sich auch auf die Überwindung einer weiteren, ebenso unheilvollen Spaltung richten muss, nämlich diejenige zwischen Wissenschaftlern und in den sozialen Bewegungen engagierten Menschen. Angesichts des gegenwärtigen Standes der ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse, der die Mächte der Ökonomie in die Lage versetzt, in einer noch nie da gewesenen Weise und in bisher unbekanntem Ausmass wissenschaftliche, technische und kulturelle Ressourcen in ihren Dienst zu stellen, kommt der Forschungsarbeit grösste Bedeutung zu, gerade um solche Strategien aufzudecken und auseinanderzunehmen, die von multinationalen Unternehmen und internationalen Organisationen erarbeitet und umgesetzt werden – Organisationen, die wie die WTO universell gültige Regeln beschliessen und durchsetzen, durch die eine neoliberale Utopie allgemeiner Deregulierung zunehmend Wirklichkeit zu werden droht. Die gesellschaftlichen Hürden für einen solchen Schulterschluss zwischen Forschern und Aktivisten sind nicht weniger hoch als die, welche zwischen verschiedenen Bewegungen oder zwischen ihnen und den Gewerkschaften stehen. Trotz ihrer oft unterschiedlichen Ausbildung und meist ganz anderem sozialem Werdegang müssen Forscher, die sich aktiv in einer Bewegung engagieren,

und Aktivisten, die an einer Forschung mitwirken, lernen, miteinander zu arbeiten und alle Vorbehalte abzulegen, die sie möglicherweise den anderen gegenüber hegen. Sie müssen sich vieler Routine und Vorannahmen entledigen, die mit der Zugehörigkeit zu ganz unterschiedlichen Welten – jede mit ihrer eigenen Logik und eigenen Gesetzen – einhergehen, und das kann nur mit Hilfe neuartiger Formen der Kommunikation und Diskussion vonstatten gehen. Auch dies ist eine der Voraussetzungen dafür, dass es zur kollektiven Erfindung eines durch die kritische Konfrontation der jeweiligen Erfahrungen und Kompetenzen aufeinander abgestimmten Bündels von Antworten kommen kann, die ihre politische Überzeugungskraft dem Umstand verdanken, dass sie zugleich systematisch sowie in gemeinsamen Wünschen und Überzeugungen verankert sind.

Den zugleich ökonomischen und intellektuellen Kräften und ihrer Armeen von Consultants, Experten und Juristen wird einzig und allein eine europäische soziale Bewegung etwas entgegensetzen können, die sich der in den unterschiedlichen Organisationen der verschiedensten Länder versammelten Kräfte sowie der bei Treffen wie den «Generalständen» gemeinsam erarbeiteten Informations- und Kritikinstrumente versichern kann. Nur eine solche soziale Bewegung wird auch in der Lage sein, an die Stelle jener allein dem Gebot kurzfristiger Profitmaximierung gehorchenden und zynisch durchgesetzten Vorgaben die in wirtschaftlicher wie auch politischer Hinsicht demokratischen Ziele eines mit ausreichend politischen, juristischen und finanziellen Mitteln ausgestatteten europäischen Sozialstaats zu stellen, um der rohen und brutalen Kraft engstirniger ökonomischer Interessen Einhalt gebieten zu können.

Aus dem Französischen übertragen von Andreas Pfeuffer.

## 2. Argentinien: Krise ohne Ende? Von Pedro Morazán

*Gramsci*: «*la crisis consiste en el hecho de que lo viejo muere y lo nuevo no puede nacer*»

**Die ehemalige „Kornkammer der Welt“ und heute noch eines der wichtigsten Exporteure von Agrarprodukten und Rindfleisch sieht sich gezwungen den Notstand für Nahrungsmittel aufzurufen. Das Land ist bankrott und hat bereits das größte Schuldenmoratorium in der Ge-**

**schichte der Weltwirtschaft erklärt. Brotaufstände von verarmten und vom Arbeitsprozess marginalisierten Bevölkerungsteilen sowie andauernde Demonstrationen der verarmten Mittelschichten („Cacerolazos“) und eine herrschende Oligarchie, deren Regierungen mit ihrem neoliberalen Latein am Ende ist, kennzeichnen das Bild Argentiniens Anfang des Jahres 2002. Weder für populistische Versprechungen noch für einen weiteren Ausverkauf des nationalen Vermögens stehen den Herrschenden in Argentinien politische Mittel zur Verfügung.**

Der IWF und die OECD - Regierungen haben ihrem einstigen Musterschüler den Rücken gekehrt und agieren, als ob sie mit dieser Krise nichts zu tun hätten. Sie verlangen von der argentinischen Regierung ein „kohärentes Wirtschaftsprogramm“, was in der Sprache des IWF nicht anderes heißt als: Die argentinische Bevölkerung soll wieder die Zeche zahlen, während die internationalen und argentinischen Kapitalspekulanten und ihre Banken ungeschoren davon kommen. Der Umgang mit der internationalen Gemeinschaft mit der Krise lässt vermuten, dass Argentinien z. Z. ein Versuchskaninchen des IWF und der G-7-Länder ist: Um die Leidensgrenzen der „emerging Markets“ zu testen, werden sie die ganze Last der Krise auf den Rücken der übrig gebliebenen Lohnabhängigen und der verarmten Mittelschichten austragen lassen, ohne die wohl so unwirksam wie ungeliebt gewordenen Stützungskredite des IWF wie seinerzeit in Mexico `95, Asien `98 und Russland `99 einzusetzen. Einmal mehr sehen die Herren der Welt keinen Anlass, die internationale Finanzarchitektur zu verändern, internationale Kapitalkontrollen einzuführen und die untragbaren Schulden von Entwicklungsländern in einem geordneten fairen und transparenten Verfahren zu erlassen.

Der einst so geliebte Musterschüler steht alleine in der Ecke und versteht die neoliberale Welt und ihre Mentoren nicht mehr. Während die Banken dafür gesorgt haben, dass die Großanleger ihr Geld rechtzeitig in sichere Häfen bringen konnten, werden die Ersparnisse der einfachen Bevölkerung durch Kontosperrungen und Abwertung enteignet. Mit Sammelklagen in den Gerichten der jeweiligen Gläubigerländer von New York über London und Frankfurt bis Madrid, versuchen private Kapitalanleger die argentinische Regierung auf Schadensersatz zu verklagen und das argentinische Vermögen im Ausland zu

enteignen<sup>1</sup>. Argentinisches Vermögen kann in solchen Fällen konfisziert werden, falls - wie zu erwarten ist - solche Klagen zum Erfolg führen.

### Das argentinische Modell: „Dollarisierung mit steigender Auslandsverschuldung

Das argentinische Modell der Dollarisierung mit steigender Auslandsverschuldung ist eine Erfindung des IWF. Dieses Modell geht auf das Jahr 1976 zurück als die damalige Militärdiktatur „süßes Geld“ von internationalen Banken in Form von Krediten mit niedrigen Marktzinsen erhalten hat. Aus volkswirtschaftlicher Sicht war damals die Kreditaufnahme überflüssig<sup>2</sup>, denn Argentinien konnte mit seinen Exporteinnahmen sowohl die Importe als auch den Schuldendienst finanzieren. Das internationale Finanzsystem war aber auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten infolge der durch die Petrodollars entstandene Überliquidität. Zwischen 1976 und 1983 ist die Auslandsverschuldung von 7,8 Mrd. US\$ auf 45,1 Mrd. US\$ angestiegen. Mit dem Geld hat das Militär u.a. Rüstungsimporte aus den USA und Europa sowie eine gnadenlose Unterdrückung der eigenen Bevölkerung mit mehr als 30.000 Verschwundenen finanziert: 44% der aufgenommenen Kredite wurden für die Finanzierung der Kapitalflucht, 33% für den Schuldendienst und 23% für Rüstungsimporte eingesetzt<sup>3</sup>.

Mit dem IWF wurde die erste Liberalisierung des Finanzsystems unter der Führung von Martínez de la Hoz durchgeführt: Dadurch wurde die einheimische Zinsrate höher als die auf den internationalen Finanzmärkten. Argentinische und in Argentinien ansässige internationale Großfirmen und Banken haben

<sup>1</sup> In Deutschland hat sich eine Initiative unter den Namen Argentinien-Anleihen gegründet, die bereits konkrete Schritte in diese Richtung unternehmen will.

<sup>2</sup> Siehe Calcagno: Genealogia del „modelo“: deuda vieja, deuda nueva y dolarización

<sup>3</sup> Siehe Calcagno (2001b).

sich immer wieder billig im Ausland verschuldet und mit dem Geld die durch Kapitalanlagen im Inland größeren Rendite erzielt, die sie wiederum auf ausländischen Konten angelegt haben. Diese offene Form von Kapitalflucht war in Argentinien unter dem Namen "bicicleta financiera" bekannt - Finanzfahrrad (ein Mal auf die Pedale getreten hat sich das System der Verschuldung munter weiter gedreht.)

Als die Schuldenkrise 1982 offen ausbrach wurde auch auf Empfehlung des IWF und des US-Finanzministeriums diese private Verschuldung mit Hilfe von Wechselkursgarantien verstaatlicht<sup>4</sup>. Mehr als 14,5 Mrd. US\$ hat der Staat und damit direkt oder indirekt die argentinische Bevölkerung für die Entschädigung von nationalen und internationalen Kapitalisten bezahlt. Zwischen 1981 und 1990 musste der argentinische Staat allein für die Zinszahlungen an das Ausland 33,2 Mrd. US\$ aufbringen.

Der neue neoliberale Zyklus, der 1991 mit der Regierung Menem begann, mündete in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise Argentiniens. Auch hier waren internationale und argentinische Kapitalspekulanten sowie der IWF als geistiger Vater des sogenannten "Programa de Convertibilidad" am Werk. In der Zeit stieg die argentinische Auslandsverschuldung von 58,6 Mrd. 1991 auf 144,7 Mrd. 1999 - noch schneller als in der ersten Verschuldungsphase (1976 - 1989).

Die von IWF und Weltbank bis zu der Asienkrise hochgepriesene Phase der ansteigenden Kapitalzuflüsse in die "emerging markets" ("süßes Geld") ist die andere Seite der Dollarisierungsmedaille: Zwischen 1991 und 1995 kamen nach Argentinien durchschnittlich 10,8 Mrd. US\$ jährlich. Der neue Spekulationstango hat allerdings nicht lange gehalten: Seit 1995 beträgt der Aderlass durchschnittlich 2,5 Mrd. US\$ im Jahr ("negativer Kapitalzufluss"). Auch in dem neuen neoliberalen Zyklus wurden die Finanzspekulanten mehrmals entschädigt zuletzt durch den sogenannten Megacanje (Mega-Schuldenumwandlung),

<sup>4</sup> Mit den Beschluss A-251 der argentinischen Zentralbank vom 17 November 1982 wurden der Prozess abgeschlossen, siehe ebenda.

der vom Superminister Cavallo mit einer Gruppe von (zum größten Teil) internationalen Banken im Jahr 2001 im Schnellverfahren beschlossen wurde. Es war der letzte Tango eines noch halbwegs souveränen Landes mit eigener Währung.

Für 5 Mrd. US\$ hat die argentinische Regierung das staatliche Telekommunikationsunternehmen ENTel als Rückzahlung an die Gläubiger in Form von Schuldtiteln versilbert. Die Gläubigerbanken haben für den Tausch einer effizienten Firma den Nominalwert ihre Schuldtitel eingesetzt während diese Titel auf dem Sekundärmarkt der Schulden mit 15% gehandelt wurden. Anders ausgedrückt: Die Gläubigerbanken haben für eine Firma im Wert von 5 Mrd. US\$ 750 Mio. US\$ bezahlt. Etwa ein Sechstel der Verpflichtungen gegenüber den Privatbanken wurde auf diese Weise abgebaut (Schvarzer). Die Einnahmen aus der Privatisierung haben weder die Auslandsverschuldung nachträglich reduziert noch die Staatseinnahmen erhöht. Während der Schuldenberg durch die Kapitalisierung von Zinsen weiter anstieg führten die Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor zu einer Senkung der Reallohne der Beschäftigten, zu einer Verschlechterung der Renten und der sozialen Dienstleistungen insbesondere im Gesundheits- und Bildungsbereich<sup>5</sup>.

Ende 1996 setzt sich die argentinische Auslandsverschuldung in Höhe von 100 Mrd. US\$ wie folgt zusammen: 60% Bonds (Staatsanleihen), 15% Verpflichtungen gegenüber multilateralen Finanzinstitutionen und 22% gegenüber öffentlich bilateralen Gläubigern. Lediglich 3% sind Schulden gegenüber den Privatbanken. Mit der Unterzeichnung des Brady - Plans 1992 hat der damalige Wirtschaftsminister Domingo Cavallo in der Tat das Schuldenproblem gelöst. Aber lediglich aus der Sicht der Privatban-

<sup>5</sup> Mehr als eine Million Rentner erhielten in den 90er Jahre weniger als 200 US\$ monatlich. Die in US\$ gemessene Kaufkraft Argentiniens ist vergleichbar mit der in den Industrieländern. Der Betrag liegt 30% unter dem durchschnittlichen Realeinkommen der Rentner in den 80er Jahre. Die Meisten von ihnen zählen heute zu der Armutsbevölkerung Argentiniens. Siehe Schvarzer (2001).



ken<sup>6</sup>: Sie haben ihre exposure überwunden während Argentinien in der Schuldenfalle gefangen blieb.

Alte Schulden wurden gegen neue Schulden getauscht, wobei ein erheblicher Teil des nationalen Vermögens veräußert und der Grundstein für die Zerstörung der schwachen industriellen Basis gelegt wurde. Die neue Verschuldung setzte das Land unter einen erheblichen Anpassungsdruck: Mehr als 10 Mrd. US\$ jährlich sind an anstehenden Kapitalzahlungen fällig. Diesen Zahlungsverpflichtungen ist lediglich durch Neuverschuldung nachzukommen. Neue Kredite werden nur beim Abbau des Haushaltsdefizits gewährt. Darüber hinaus ist die argentinische Regierung verpflichtet Marktinsen über die jährliche Neuverschuldung zurück zu zahlen. Für die "emerging markets" wird der Effektivzins als die Summe zwischen dem internationalen Zinssatz und dem sogenannten *spread* bezeichnet, der sich aus dem Vertrauen der internationalen Bondholder ergibt. Sie orientieren sich an der Entwicklung des Sekundärmarktes für Schuldtitel und den wirtschaftlichen Aussichten des Schuldnerlandes. Diese zusätzliche Zinsbelastung nennt man "*Länderrisiko*". Das Länderrisiko steigt in Krisenzeiten, wie die México - Krise 1994 oder die Asienkrise 1997. Im Fall Argentiniens erreichte das Länderrisiko in den letzten drei Jahren historische Rekordwerte. Mitte '98 lag es bei 7 - 9 Punkten, während die internationale Zinssätze bei 5% - 6% lag. Im Jahre 2001 erhöhte sich das Länderrisiko auf 3600 Punkte. Die Kosten für die argentinische Volkswirtschaft sind unermesslich: Zwischen 8 und 11 Mrd. US\$ an zusätzlichen Zinsen, d. h. 3% des argentinischen BSP und mehr als 25% des nationalen Haushalts.<sup>7</sup> Die Abhängigkeit Argentiniens von Bondmärkten wurde durch die Auslandsverschuldung vertieft: Die argentinische Regierung war gezwungen Bonds in Höhe von 300 bis 800 Mio. US\$ wöchentlich auf den internationalen Kapitalmärkten auszuschreiben, um seinen Schuldendienstverpflichtungen nachzukommen.

### Gewinner: Die Finanzoligarchie

Es gibt Gewinner und Verlierer. Zu den Gewinnern und Hauptverursachern dieser Krise gehören in erster Linie die großen Besitzer von "hot capital" (activos líquidos), die immer größere Anteile gegenüber Portfolleinvestoren erhalten haben. Von der Krise wurde der produktive Sektor am meisten getroffen und hier natürlich die lohnabhängigen, die dramatische Reallohn- und Arbeitsplatzverluste hinnehmen mussten.<sup>8</sup>

Insofern zeigt sich in Argentinien eine sehr enge Verflechtung zwischen einheimischem und internationalem Spekulationskapital. Die Wirtschaftsreformen, die unter der Ägide des IWF in den 80er und 90er Jahren durchgeführt wurden, haben zur Herausbildung einer neuen Schicht von Rentierkapitalisten geführt, deren Profite nicht aus den Industrieanlagen entstanden sind, sondern aus Spekulationsgeschäften im Finanz-, Banken-, Dienstleistungs- und Immobilienbereich. Sie sind gleichzeitig in den internationalen Finanzmärkten voll integriert. Um ihre Rendite abzusichern, brauchen sie eine starke, jederzeit umtauschbare Währung und einen zahlungsfähigen Staatsapparat. Ihre Devise lautet: Das Haushaltsdefizit auf Null zu reduzieren. Die Rating - Agenturen erfüllen hierzu eine wichtige disziplinierende Funktion, damit die Regierung des Schuldnerlandes weiter *on track* bleibt.

Die wirtschaftliche Stagnation führte gleichzeitig zu einer weiteren Verschärfung der Einkommensdisparitäten: Die ärmsten 10% der Bevölkerung erhalten lediglich 1,5% des Gesamteinkommens im Jahr 2000. Im Jahr 1980 waren es noch 3,2% des Gesamteinkommens. Auf der anderen Seite der Pyramide lief die Entwicklung genau umgekehrt: Die reichsten 10% der Bevölkerung vergrößerten ihren Anteil am Gesamteinkommen in derselben Periode von 27% auf 37%. So hat sich das Verhältnis des durchschnittlichen Einkommens der reichsten 10% zu dem durchschnittlichen Einkommen der ärmsten 10% der Bevölkerung drastisch verschoben: 1980 war es noch 9 mal so groß, während es heute

<sup>6</sup> Siehe Calcagno A. E. und Calcagno, E. (2001a).

<sup>7</sup> Siehe Schwarzer (2001).

<sup>8</sup> Siehe Schwarzer (1997 und 2001).

24 mal größer ist als das durchschnittliche Einkommen der ärmsten 10%<sup>9</sup>.

Heute sind die Reallöhne im Durchschnitt 30% niedriger als in den 80er Jahren. Die Arbeitslosigkeit ist von durchschnittlich 6% in den 70er auf 8% in den 80er und 14% in den 90er Jahren angestiegen und beträgt Anfang des Jahres 2002 mehr als 20%. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist sprunghaft angestiegen. Die Arbeitslosen erhalten in Argentinien keine soziale Absicherung<sup>10</sup>.

### Das falsche Dilemma der Dollarisierung

Im vorherrschenden orthodoxen Diskurs wird auch im Fall Argentiniens eine falsche Wechselkurspolitik als Hauptursache für die Krise ausgemacht. Es heißt die Krise hätte vermieden werden können, wenn die argentinische Regierung rechtzeitig entweder den festen Wechselkurs aufgegeben hätte oder die Nationalwährung, wie Ecuador vor zwei Jahren, durch den US\$ ersetzt hätte. Sicherlich spielt in einer offenen Volkswirtschaft wie der argentinischen die Wechselkurspolitik eine wichtige Rolle insbesondere hinsichtlich der Inflationsbekämpfung. In der heutigen Weltwirtschaft haben aber nur wenige Länder das Privileg, das Instrument erfolgreich einzusetzen. Einerseits machen die instabilen Wechselkurse der drei Leitwährungen US\$, Euro und Yen für kleinere Volkswirtschaften unmöglich sich wirksam, von externen Einflüssen zu schützen. Andererseits bewirken deregulierte Finanzmärkte durch Spekulationsangriffe die Verschärfung von Krisen in den sogenannten "emerging Markets" auch wenn die allgemeinen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen (einschließlich der Wechselkurspolitik) stimmen. Wenn internationale Spekulanten ihre übermäßigen Rendite in Gefahr sehen, dann werden sie ihr Kapital abziehen unabhängig davon, ob im jeweiligen Land ein fester oder ein flexibler Wechselkurs vorherrscht.

So gesehen ist eine Erklärung für die argentinische Krise nicht alleine in der Wechsel-

kurspolitik zu suchen. Die Hauptursache dieser Krise sind die untragbaren Auslandsschulden von mehr als 141 Mrd. US\$, die jegliche Entwicklungschancen für das südamerikanische Land unmöglich machen. Jeder Versuch Wirtschaftsstabilität zu erreichen wird durch die Auslandsverschuldung zunichte gemacht.

### ATTAC fordert:

- Das Schuldenmoratorium Argentiniens soll in eine Streichung der untragbaren Auslandsschulden münden.
- Die Entschuldung Argentiniens soll in einem geordneten Verfahren durchgeführt werden, in dem sowohl die argentinischen als auch die internationalen Gläubiger für die Folgen ihrer Spekulationsgeschäfte die Verantwortung und die Kosten übernehmen müssen.
- Eine neutrale Instanz - und nicht der IWF - soll das Verfahren einleiten.
- Nicht die Rückzahlung der Auslandsschulden, sondern der Wiederaufbau des sozialen Netzes, des produktiven Sektors und die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen sollen als höchste Priorität in dem Verfahren definiert werden.
- Institutionen und Vertretungen der argentinischen Zivilgesellschaft sollen daran beteiligt sein.
- International abgestimmte Maßnahmen sollen getroffen werden, um die Rückführung von mehr als 100 Mrd. US\$ zu gewährleisten

Deutschland hat 1953 ein weitgehender Schuldenerlass im Rahmen des Londoner Abkommen erhalten. Nicht die Lohnabhängige und Rentner, sondern argentinische und internationale Kapitalspekulanten sollen ihre Mitverantwortung für die Überwindung der schlimmsten Wirtschaftskrise in der Geschichte Argentiniens tragen.

Siegburg, den 23.01.02

*Pedro Morazán arbeitet beim Institut SÜDWIND.*

<sup>9</sup> Diese Informationen stammen aus der «Encuesta Periódica de Hogares» (Regelmäßige Erhebung der Haushalte), die von el INDEC (Nationalbüro für Statistik) durchgeführt wird.

<sup>10</sup> Siehe Schwarzer (2001).

## **Bibliographie**

Calcagno, A. E. und Calcagno, E. (2001a): Genealogia del „modelo“: deuda vie-ja, deuda nueva y dolarización, Buenos Aires.

Calcagno, A. E. und Calcagno, E. (2001b): Los intentos de dolarización en la Argentina, en Nueva Sociedad, Nr. 172, Caracas.

Olmos, A. (1995): Todo lo que Ud. quiso saber sobre la deuda externa y siem-pre se lo ocultaron, Buenos Aires.

Schvarzer, J. (1997). La estructura productiva argentina a mediados de la dé-cada del noventa. Tendencias visibles y un diagnóstico con interrogan-tes.

Schvarzer, Jorge (2001): La larga crisis de la deuda en la América Latina, versión corregida y actualizada de un estudio previo, publicado por UNRISD (Paper n o 1 de la serie Social Policy and Development, mayo de 2000.

## **3. Attac im Zénith von Bernard Cassen**

Wir haben das attac-Ereignis vom 19. Januar zu klein angesetzt, als wir das Zénith für 3.500 Plätze hergerichtet haben. In Wirklichkeit mussten sehr bald die Vorhänge an der Bühne aufgezogen werden, um den Saal auf 6.000 Plätze aufzustocken. Um die drakonischen Sicherheitsvorschriften einzuhalten, wurden die Türen daraufhin von der Zénith-Direktion geschlossen. Die Zahl der attac-Mitglieder und -freunde, die zur Porte de Pantin gekommen sind und nicht hineinkamen, wird auf 1.000 geschätzt! Schon allein, wenn man die Zahlen betrachtet, war diese Versammlung ein voller Erfolg. Man konnte sich vorstellen, wie sehr die örtlichen attac-Komitees und die Mitglieder mobilisiert waren.

Das Programm, durch das Marc Le Glatin, Koordinator der attac-Gruppe für Kultur, führte, erfüllte nach einhelliger Meinung sämtliche Hoffnungen der Anwesenden, die allen Auftritten und musikalischen und grafischen Darbietungen herzlich applaudierten: dem Empfang durch das Musikband Les Chevals, den Beiträgen Anémones, Ignacio Ramonets, Ehrenvorsitzender von attac, José Saramagos, Literaturnobelpreisträger, Clotilde Ky, Gewerkschaftlerin und Feministin aus Burkina Faso, Jacques Testart, Vorsitzender des französischen Kommission für nachhaltige Entwicklung, den drei jungen Mitgliedern des Streikkomitees von McDonald's Boulevard Saint-Denis, Daniel Mermet, Produzent der Sendung „Là-bas, si j'y suis“ (wörtlich: „Dort, wenn ich gerade da bin“, *AdÜ*) bei France Inter, und schließlich Bernard Cassen, Vorsitzender von attac. Das Ganze wurde durch eigens für diese Veranstaltung aufgenommene Filmszenen und Diaprojektionen aufgelockert und von Charb und Tignous von „Charlie Hebdo“, die in Echtzeit Karikaturen zeichneten, begleitet.

Um 17 Uhr 30 wurde das attac-Manifest, das in den verschiedenen Beiträgen bereits angesprochen worden war, öffentlich vorgestellt

und die Mitglieder und die Sprecher der eingeladenen Gruppen dazu ermuntert, möglichst viele davon mitzunehmen, um sie zu verteilen. Über 100.000 Exemplare wurden so mitgenommen.

Nach der Pause, gegen 18. Uhr, ging es mit dem Band Dood (die spontan für Aston Villa einsprang, deren Schlagzeuger krank war) und Sergent Garcia in einer schon recht „aufgeheizten“ Stimmung weiter. Während und sogar außerhalb dieser Pause waren die Stände von attac, der Koordinationsgruppe Ile-de-France, alternativer Zeitungen und des Buchhändlers von den Teilnehmern belagert.

Es ist unmöglich, die verschiedenen Beiträge hier zusammenfassend wiederzugeben. Sie werden so schnell wie möglich auf unsere Homepage gestellt und es ist beabsichtigt, sie zu veröffentlichen.

Zwei Wörter tauchten in den Kommentaren immer wieder auf: Begeisterung und Ergriffenheit. Sagen wir, um einen Ausdruck aufzugreifen, der häufig zu hören war, dass die Teilnehmer das Zénith voller Überzeugung und Motivation verlassen haben und bereit, sich voll und ganz in den für die nächsten Monate anstehenden Diskussionen und Akti-

onen von attac einzubringen. Das Manifest 2002 dürfte für sie ein praktisches Instrument sein, das andere jedoch nicht ausschließt.

Es ist klar, dass attac am 19. Januar dicke Punkte gesammelt hat und dass unsere Analysen und Vorschläge von einer gestiegenen Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung profitieren. Wir müssen sie uns durch die Qualität und die Überzeugungskraft unserer Auftritte verdienen. Demnächst werden entsprechende Ideen den Komitees unterbreitet und über alle anderen, die auftauchen, kann auch diskutiert werden.

Dass die Veranstaltung organisatorisch so einwandfrei geklappt hat, ist das Ergebnis eines dreifachen Einsatzes: der Besetzung des Hauptbüros, der Koordinationsgruppe der Komitees der Ile-de-France, die alle Bewirtungsaufgaben übernommen hat, der attac-Gruppe für Kultur, die es geschafft hat, hochqualifizierte Profis zu zusammenzubringen, um unentgeltlich einen „Zenith zu erreichen“.

#### 4. Von Doha lernen von Walden Bello

**Wie soll man die Ergebnisse des Ministertreffens der Welthandelsorganisation in Doha charakterisieren? Ich bin mir nicht sicher, ob eine Debatte darüber, ob in Doha eine neue Runde von Handelsberatungen eingeleitet worden ist, oder nicht, sehr weit führen würde. Dort ist jedoch etwas sehr Besorgnis erregendes geschehen, etwas, das wir der Öffentlichkeit, die im Moment im Bezug auf die Folgen von Doha reichlich verwirrt ist, sehr dringend vermitteln müssen.**

##### Die drei wesentlichen Ergebnisse

Drei Ergebnisse von Doha müssen hervorgehoben werden:

1. Doha hat die Welthandelsorganisation (WTO) nach dem Desaster von Seattle wieder auf die Füße gestellt. C.Fred Bergsten, einer ihrer prominenten Mitstreiter, sagte einmal, dass die WTO wie ein Fahrrad sei, welches fällt, wenn es sich nicht vorwärts bewegt. Indem die Delegierten von Doha eine Erklärung beschlossen, die weitere Verhandlungen über die Liberalisierung beschleunigen, haben sie das Fahrrad wieder aufgerichtet und in Bewegung gesetzt. Mike Moore, der Generaldirektor, hat nicht übertrieben,

Es muss auch gesagt werden, dass die drei Musikbands kein Honorar für ihre Teilnahme verlangt haben. Und das spricht Bände über den großen Sympathiebonus, über den Attac im Kulturmilieu verfügt, und den wir in Zukunft besser ausnutzen werden.

Alle Mitglieder und die Komitees, die aus allen Ecken Frankreichs angereist kamen, oft zum Preis einer hohen finanziellen Belastung, werden sich lange an diesen Tag im Zenith erinnern, aus dem sie ein Sprungbrett für die Entwicklung von Attac gemacht haben.

*Bernard Cassen ist Vorsitzender von Attac Frankreich*

*Sie finden die Zeichnungen von Charb und Tignus (Charlie Hebdo), Fotos und sämtliche Unterlagen, darunter das Manifest 2002 „Mit ATTAC die Zukunft zurückholen“ auf der Seite: <http://attac.org/fra/asso/doc/zenith.htm>*

*Uebersetzerin : Hildegard TISCHER*

als er dem Ministertreffen für „die Rettung der WTO“ dankte.

2. Was aus Doha resultiert ist zwar nicht eine unmittelbare, neue Verhandlungsrunde über eine Vielzahl von Themen, trotzdem markiert das Treffen einen großen Schritt in Richtung einer weiteren Liberalisierung. *Erstens* bestätigt die Erklärung von Doha laufende Verhandlungen über einzelne, bereits bestehende Vereinbarungen, etwa das GATS (Allgemeines Abkommen über den Dienstleistungsverkehr) und andere im Bereich der Landwirtschaft und sie eröffnet weitere Verhandlungen, in denen bestehende Vereinbarungen überarbeitet werden sollen, wie das Anti-Dumping Abkommen. *Zweitens* wurden

neue Verhandlungen, beispielsweise über Industriezölle, auf den Weg gebracht. *Drittens*, und das ist vielleicht am verhängnisvollsten, hat Doha durch die zentralen Passagen der verabschiedeten Erklärung Beratungen vorbereitet, die darauf abzielen, die Zuständigkeit der WTO um weitere Bereiche, jenseits des Handels, zu erweitern. Dabei handelt es sich um die sogenannten „neuen“ oder „Singapur-Themen“, nämlich Investitionen, Wettbewerbspolitik, staatliches Auftragswesen und Handelserleichterungen.

3. Doha war ein deutlicher Rückschlag für die Entwicklungsländer, von denen die meisten auf dem Treffen eine ganze Liste von Themen (die Gruppe der 77 nennt mindestens 104 verschiedene) diskutieren wollten, die mit der Umsetzung der Beschlüsse der Uruguay-Runde zu tun haben. Die Erklärung nimmt diese Sorgen lediglich zur Kenntnis und beschreibt vage einen Lösungsweg. Tatsächlich sind die Entwicklungsländer in den Schlüsselbereichen der Implementierung, die der Text spezifiziert, sogar die Verlierer. Die Europäische Union hat es geschafft, die Forderung der Cairns-Gruppe, nach einem schnellen Auslaufen von Exportsubventionen für die Landwirtschaft aufzuweichen, und die Vereinigten Staaten und andere Industrieländer haben sich nicht auf eine baldige Abschaffung von Einfuhrquoten für Textilien und Kleidung eingelassen, was für die Entwicklungsländer von besonderer Bedeutung gewesen wäre.

Es ist wichtig festzuhalten, dass der Süden in Doha verloren hat, da große Teile der einflussreichen Presse des Nordens die Meinung geäußert haben, dass Doha beweise, dass die Entwicklungsländer bei WTO-Verhandlungen gewinnen können. Um dies zu belegen, wird häufig die in Doha verabschiedete Resolution zum Thema TRIPS (handelsbezogene geistige Eigentumsrechte) zitiert. Nun stimmt es sicherlich, dass dies für die Entwicklungsländer ein Schritt nach vorne war. Man darf jedoch ihre Bedeutung nicht überbewerten. Die Aussage, dass „nichts in dem TRIPS-Abkommen die Mitglieder davon abhalten soll, Maßnahmen zur Wahrung der öffentlichen Gesund-

heit“ zu ergreifen, ist rein politisch. Der Kompromiss von Doha enthält nichts, was die Mitglieder dazu verpflichten würde, den Text von TRIPS zu ändern – was im Endeffekt die Durchsetzung der Position der USA bedeutet. Sogar der Economist, sonst ein nimmermüder Anhänger der Vorstellung, dass die WTO gut für die Entwicklungsländer sei, hat zugeben müssen, dass „die Erklärung politisch und nicht rechtsverbindlich ist.“ Das ist bedeutungsvoll, denn langfristig ist es der Gesetzestext, der zählt, denn er wird die Grundlage sein, auf der die Pharmaindustrie Entwicklungsländer verklagen könnte, sobald sie das politische Klima für günstiger halten.

### Die Niederlage bewerten

Doha war eine Niederlage für die Entwicklungsländer. Man muss jedoch bemerken, dass diese auf das Treffen viel besser vorbereitet waren, als in der Vergangenheit, was zum Teil auf die kapazitätsfördernde Arbeit von in Genf sitzenden zivilgesellschaftlichen Gruppen zurückgeht. Die vereinigte Front vieler Entwicklungsländer gegen die „neuen Themen“ hielt bis zum Ende, als sie unter dem überwältigenden Druck des Blocks der Industrieländer zusammenbrach. Wahrhaftig, zum Schluss blieb Indien als einzige aktive Opposition mit der – nicht zu vergessen – stillschweigenden Unterstützung einiger anderer Länder, wie etwa Kuba, Jamaika und der Dominikanischen Republik im Rücken. Nichtsdestotrotz ist das Bewusstsein eines gemeinsamen Interesses und das Bedürfnis nach einer gemeinsamen Strategie angesichts der dominierenden Handelsmächte nunmehr gewachsen und dies bietet eine gute Grundlage für gemeinsames Handeln in den kommenden, schweren Monaten.

### Kontext und Taktik

Doha fand unter Bedingungen statt, die aus der Sicht der Interessen der Entwicklungsländer von vornherein ungünstig waren. Die Ereignisse vom 11. September gaben dem amerikanischen Handelsbeauftragten Robert Zoellick und dem EU-Handelskommissar Pascal Lamy eine ideale Gelegenheit, den Druck auf die Entwicklungsländer, einer neuen Handelsrunde zuzustimmen, zu erhöhen, indem sie an die Notwendigkeit appellierten, einer globa-

len Wirtschaftsflaute entgegenzuwirken, die durch die terroristischen Aktionen verschlimmert worden sei.

Auch der Ort war ungünstig, da Katar eine Monarchie ist, in der Systemgegner leicht zu kontrollieren sind. Die Befugnis des WTO-Sekretariats, zu entscheiden, wer ein Visum für Katar bekommen würde, um an der Konferenz teilzunehmen, beschränkte radikal die Anzahl der anwesenden NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) und beugte so der explosiven Interaktion zwischen dem sich entwickelnden Groll der Entwicklungsländer und massiven Straßenprotesten, die in Seattle stattfand, vor.

Diese Faktoren alleine hätten jedoch nicht ausgereicht, ein so ungünstiges Ergebnis hervorzubringen. Die Taktik zählte, und auf diesem Gebiet wurden die Entwicklungsländer in Doha klar ausmanövriert. Die Methoden, die von EU und USA angewandt wurden, um den Süden zu spalten müssen verurteilt und, wie viele Teilnehmer des Brüsseler Treffens nachdrücklich gefordert haben, sorgfältig dokumentiert werden. Mehr noch, sie müssen genau analysiert werden, um die Entwicklungsländer das nächste Mal besser vorbereiten zu können. Unter den Taktiken, die von der Brüsseler Kritik besonders hervorgehoben werden sind die folgenden:

- Es wurde auf eine hochgradig unausgewogene Erklärung gedrängt und diese dem Treffen als ein „sauberer Text“ vorgelegt, über den angeblich Konsens bestünde, wodurch die Gelegenheit zu einer ausführlichen Diskussion beschnitten, und es den Entwicklungsländern erschwert wurde, fundamentale Einwände anzumelden, ohne in den Geruch von „Obstruktionspolitik“ zu geraten.
- Die Vertreter aus den Hauptstädten wurden gegen ihre in Genf sitzenden Verhandlungsführer ins Rennen geschickt und letztere als „aufsässig“ und „engstirnig“ hingestellt.
- Es hat direkte Drohungen gegeben; so warnten die USA beispielsweise Haiti und die Dominikanische Republik, dass sie Gefahr laufen würden, ihre Vorzugsbedingungen im Handel zu verlieren, wenn

sie ihren Widerstand in der Frage des staatlichen Auftragswesens nicht aufgaben.

- Es wurden Länder mit Geschenken gekauft, wie es die Europäische Union machte, als sie Mitgliedern der ACP-Gruppe (Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean) im Austausch für deren Zustimmung zur Abschlusserklärung versicherte, dass die WTO den sogenannte „AKP-Erlass“ respektieren würde, der es ihnen erlaubt, ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu Vorzugsbedingungen (im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern) nach Europa zu exportieren. Pakistan, ein getreuer Anhänger der Entwicklungsländer in Genf, verhielt sich in Doha auffallend ruhig. Offensichtlich hatte das etwas damit zu tun, dass die USA dem Land wegen seines besonderen Status‘ im amerikanischen Krieg gegen den Terrorismus ein umfangreiches Paket aus Hilfsmitteln, Krediten und Schuldenreduktion zugesagt haben. Nigeria war so weit gegangen, schon vor Doha ein offizielles Kommuniqué herauszugeben, das den Entwurf für die Erklärung kritisierte, stellte sich aber am 14. November laut und deutlich hinter sie – eine Kehrtwende, die nur schwer von dem in der Zwischenzeit von den USA gemachten Versprechen eines kostspieligen wirtschaftlichen und militärischen Hilfspakets getrennt werden kann.
- Am 13. und 14. November wurde der berüchtigte „Green Room“ wieder eingeführt, als 20 handverlesene Länder vom Rest isoliert und vom WTO-Sekretariat und den Großmächten beauftragt wurden, die Abschlusserklärung zu schreiben. Die Wahl dieser Länder entsprach keinen demokratischen Kriterien und die Versuche einiger Entwicklungsländer, in diese „ausgewählte“ Gruppe vorzudringen, wurden zurückgewiesen, einige sanft, andere ziemlich nachdrücklich, wie im Falle eines Delegierten aus Uganda.
- Schließlich wurde noch Druck auf die Entwicklungsländer ausgeübt, indem man ihnen mitteilte, dass sie die Verantwortung für die Verschlimmerung der globalen Rezession zu tragen haben würden, die

aus einem Scheitern einer weiteren Konferenz und dem Zusammenbruch der WTO resultieren würde.

Doha war ein Tiefpunkt in der durch mangelnde Transparenz sowie Einschüchterungen, Drohungen und Bestechungen in Hinterzimmern geprägten Geschichte von GATT und WTO. Niemand geringerer als Pascal Lamy, der EU-Handelskommissar hat die Vorgänge in Doha aus eigener Anschauung als „mittelalterlich“ beschrieben. Es gibt keine Aufzeichnungen über den wirklichen Entscheidungsfindungsprozess, da die formalen Sitzungen des Treffens – in denen normalerweise in demokratischen Systemen die Entscheidungen gefällt werden – für Reden reserviert waren und die richtigen Entscheidungen in informellen Gruppierungen stattfanden, deren Treffpunkte nicht allen bekannt waren und darüber hinaus ständig verlegt wurden. Aufgrund des Fehlens von schriftlichen Aufzeichnungen gibt es wenig Verantwortlichkeiten und die Wortführer in Verhandlungen können ihr fragwürdiges Verhalten einfach leugnen.

### Eine zerbrechliche Erneuerung

Das Fahrrad steht aufrecht aber es wackelt noch und einer der Gründe dafür ist die anhaltende Verärgerung unter den Entwicklungsländern über den ganzen undurchsichtigen Prozess, in dem sie überlistet wurden, eine Erklärung zu akzeptieren, die ihren Interessen zuwider läuft. Die Legitimationskrise der WTO dauert an und der in Doha so offensichtlich gewordene Mangel an Transparenz und Demokratie könnte sie sogar noch vertiefen. Dieser Unmut wird durch die nach Doha gemachte Aussage des EU Agrarkommissars, dass das Aufweichen der Erklärung über das Auslaufen der landwirtschaftlichen Exportsubventionen ein „Sieg“ für die EU sei, noch verstärkt – denn viele verstehen dies als eine Ankündigung der EU in den kommenden Agrarverhandlungen bis aufs Blut dafür zu kämpfen, die Subventionen beizubehalten.

Weiterhin ist in Washington entschieden worden, die Einfuhrzölle für Stahl um bis zu 40% herauf zu setzen, angeblich um Dumpingpreise zu verhindern. In Wahrheit steht dahinter wohl eher die Absicht die massive Protektion

der amerikanischen Stahlindustrie weiter auszubauen. So kurz nach Doha wird dieser Schritt von anderen Staaten als Zeichen dafür verstanden, dass Washington es mit den Neuverhandlungen über das Anti-Dumping-Abkommen, dem man in Doha zugestimmt hatte, nicht ernst meint, sondern dass Amerika vielmehr vorhat, seine Anti-Dumping-Mechanismen zu benutzen, um den Marktzugang ausländischer Anbieter nicht nur für Stahl, sondern auch für Textilien, Bekleidung und Agrarerzeugnisse zu verhindern.

Weiterhin gibt es die sich vertiefende globale Rezession, die zu einem großen Teil von der durch die Liberalisierung des Handels ermöglichten unterscheidungslosen Integration und Verflechtung von Ökonomien herrührt. Sowohl im Norden wie im Süden entsteht augenblicklich großer Druck, die einheimischen Industrien zu schützen oder gar zu retten, wodurch ein globales Klima entsteht, das in zunehmendem Maße von Feindseligkeit gegenüber einer weiteren Handelsliberalisierung geprägt ist.

All diese Faktoren machen das Ergebnis von Doha zerbrechlich und eine unserer zentralen Aufgaben wird es sein, in den kommenden Monaten einen Weg zu finden aus ihnen eine gemeinsame, effektive Strategie zu entwickeln, um die von Doha ausgehende Dynamik umzukehren.

### Die Stellungnahme des Vorsitzenden: Der entscheidende Streitpunkt

Eine Aufzählung dieser „mildernden“ Faktoren sollte uns jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie lediglich die Position des strategischen Nachteils modifizieren, in der wir uns befinden und aus der wir uns selbst befreien müssen. Andererseits kämpfen NGOs, wie Martin Khor bemerkte, am besten, wenn sie mit dem Rücken zur Wand stehen. In dieser Hinsicht gehört zu unseren Erfolg versprechendsten Waffen die Stellungnahme des Vorsitzenden zu Verhandlungen über die neuen Themen, die der Hauptstreitpunkt sind. Diese Stellungnahme ist ein Anhang der Abschlusserklärung, der darauf abzielte, Indiens Opposition gegen das Dokument zu beenden. Sie lautet wie folgt: „Lassen Sie mich bemerken, dass ich die Erwähnung eines ‚expliziten

Konsenses‘ in diesen Paragraphen, der für das Fällen einer Entscheidung auf der Fünften Sitzung der Ministerkonferenz notwendig ist, so verstehe, dass auf dieser Sitzung eine Entscheidung tatsächlich solch einen ausdrücklichen Konsens erfordert, bevor Verhandlungen über Handel und Investitionen, Handel und Wettbewerbspolitik, Transparenz im staatlichen Auftragswesen sowie Handelserleichterungen stattfinden können. Aus meiner Sicht würde dies auch jedem Mitglied das Recht geben eine eigene Position zu den Modalitäten einzunehmen, die das Stattfinden von Verhandlungen nach der Fünften Sitzung der Ministerkonferenz verhindern würden, bis das jeweilige Mitglied bereit ist, einem ausdrücklichen Konsens beizutreten.“

Ich stimme mit denjenigen überein, die sagen, dass die Zukunft der neuen Themen davon abhängen wird, wie viel Gewicht man der Stellungnahme des Vorsitzenden beimisst und welche Interpretation sich durchsetzt. Am 10. Dezember, kurz nach unserer Brüsseler Tagung, sagte Philippe Meyer, Leiter der Abteilung für Investitionen der Generaldirektion der Europäischen Kommission, bei einem Treffen, das wir mit ihm und anderen Vertretern der Europäischen Kommission hatten, dass er froh sei, dass die WTO-Mitglieder „sich darauf geeinigt hätten, neue Investitionsverhandlungen einzuleiten.“ Das war meiner Meinung nach Absicht, Teil einer Strategie, die Tatsache zu verschleiern, dass sowohl die Stellungnahme des Vorsitzenden als auch die Erklärung von Doha selbst besagen, dass Verhandlungen erst nach dem Fünften Ministertreffen im Jahre 2003 stattfinden werden und nur nachdem es einen expliziten Konsens über die Durchführung solcher Verhandlungen gibt.

Angesichts dieser nicht allzu subtilen Offensive, das Procedere zu bestimmen ist es wichtig, dass unsere Seite laut und deutlich bei jeder Gelegenheit darauf besteht, 1) dass Verhandlungen erst nach dem Fünften Ministertreffen beginnen können, 2) dass Verhandlungen nur stattfinden können, falls jeder einzelne Staat dem ausdrücklich zustimmt, 3) dass wie die Stellungnahme des Vorsitzenden deutlich macht, schon das Nein eines einzigen Staates genügt, den Beginn von Verhandlungen

zu verhindern und 4) dass der Stellungnahme des Vorsitzenden die selbe rechtliche Bedeutung zukommt wie der Erklärung von Doha.

### Das fehlende Glied

Ich komme jetzt zu einigen Bemerkungen über Doha und die Zivilgesellschaft. Letztere war auf dem Gipfel durch 60 Repräsentanten echter NGOs – im Unterschied zu solchen, die von Unternehmen oder Regierungen kontrolliert werden – vertreten. Ihr Einfluss war jedoch größer, als ihre Anzahl vermuten lässt, denn dieses Häuflein zäher Aktivisten veranstaltete direkt auf dem Tagungsgelände Demonstrationen und Aktionen und trotzte so unmittelbar den Verantwortlichen von Katar und der WTO. Im Unterschied zu Seattle waren diesmal die Proteste allerdings wirklich global, denn sie fanden am 10. und 11. November in über 40 Ländern statt und mobilisierten Hunderttausende. Diese Solidaritätsbekundung gegen eine privatwirtschaftlich angetriebene Globalisierung war beeindruckend, doch leider hatte sie genau wie die Proteste im Doha Sheraton kaum einen entscheidenden Einfluss auf die Vorgänge in Doha.

Maude Barlow hat gesagt, dass Massenproteste auf den Straßen einer Stadt in Zukunft wirkungslos werden könnten, da die Multilateralen aus Seattle eine Lehre gezogen hätten und fortan ihre Versammlungen in isolierten und weit entfernten Orten abhalten würden. Doha hat sicherlich bewiesen, wie erfolgreich diese Strategie ist. Nichtsdestotrotz würde auch Maude sicher zustimmen, dass wir die Straßen nicht aufgeben dürfen und dass wir uns im Gegenteil künftig sogar noch mehr bemühen müssen, unser Recht auf Straßendemonstrationen durchzusetzen, da Regierungen und die Polizei unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung versuchen die Rechte der Bewegung der Globalisierungskritiker zu beschneiden.

Trotz der Ergebnisse von Doha kann man nicht stark genug betonen, welche Wirkung die geduldigen Bemühungen vieler Gruppen innerhalb unserer Koalition gehabt haben, den Delegationen von Entwicklungsländern in Genf dabei zu helfen, ihr technisches und po-



litisches Verständnis von Themen und Vorgängen rund um die WTO zu verbessern. Unter den Früchten dieser Kooperation war der Vorschlag, einen „Entwicklungskasten“ an das AOA (Agrarabkommen) anzuhängen, der Länder davon ausnehmen würde, Liberalisierungsmaßnahmen, die von der WTO vorgeschrieben werden, umzusetzen, um Ziele der Ernährungsversorgung und der Entwicklung zu erreichen.

Das Einknicken der meisten Entwicklungsländer in Doha aufgrund des massiven Drucks der Industrieländer hat jedoch gezeigt, welche Grenzen der Ansatz aus Straßenprotesten und Genfer Lobbyarbeit hat. Wie Fernando Alegria, Mariama Williams und andere Teilnehmer des Brüsseler Treffens schon wiederholt erklärt haben, fehlt ihm ein wichtiges Element nämlich konstanter Druck von sozialen Bewegungen auf ihre Regierungen. Es gibt keine Alternative dazu, dass Bewegungen an der Basis in einem Land nach dem anderen ihren Regierungen die Hölle heiß machen. Wenn dieses Vakuum bestehen bleibt, wird das nächste Ministertreffen eine Wiederholung von Doha sein.

Wir haben wirklich alle Hände voll zu tun und es bleiben uns nur noch 15 bis 18 Monate bis zum Fünften Ministertreffen um uns vorzubereiten: wir müssen eine Strategie formulieren und auf den Weg bringen, die es ermöglicht, Straßenproteste, die Lobbyarbeit der verschiedenen Delegationen in Genf und den Druck von Unten auf die Regierungen zu vereinen.

### Zusammenfassung

Meiner Ansicht nach kann man die Lehren aus dem Debakel von Doha folgendermaßen zusammenfassen:

- Doha hat das Fahrrad der von der WTO dirigierte globalen Handelsliberalisierung wieder aufgerichtet und in Bewegung gesetzt.
- Doha war eine Niederlage für die Entwicklungsländer, obwohl sie mit einem größeren Bewusstsein ihrer gemeinsamen Interessen und gestärkter Geschlossenheit angereist waren als in der Vergangenheit.

- Der 11. September und der Tagungsort spielten eine Rolle, aber es waren die schmutzigen Hochdrucktaktiken der USA und der EU, die in einem nicht-transparenten und undemokratischen Prozess den Hauptausschlag für das Ergebnis gaben.
- Der Sieg der Industrieländer in Doha ist jedoch zerbrechlich und reversibel; eine Kombination aus der anhaltenden Verärgerung der Entwicklungsländer über den undurchsichtigen Prozess, die Weigerung der EU und der USA, die Verpflichtungen, die sie in der Erklärung eingegangen sind, zu erfüllen, sowie des wachsenden Widerstands gegen weitere Liberalisierung sowohl im entwickelten Norden, wie im Süden, der von der sich verschärfenden globalen Rezession ausgelöst wurde, machen ihn angreifbar.
- Die neuen Themen werden in den kommenden Monaten die entscheidenden Auseinandersetzungspunkte sein und das Gewicht, dass man der Stellungnahme des Vorsitzenden gibt, wird der entscheidende Faktor in der Auseinandersetzung sein.
- Die Einmischung der Zivilgesellschaft wird weiterhin eine extrem wichtige Rolle spielen. Das Ergebnis des nächsten Ministertreffens und der ganze Kampf gegen die bedenkenlose Liberalisierung wird davon abhängen, dass das bis jetzt fehlende Glied entsteht: die Mobilisation sozialer Bewegungen, die ihre Regierungen davon abhalten, zerstörerische Zugeständnisse zu machen. Den entscheidenden Unterschied wird eine innovative Strategie machen, die Proteste auf den Straßen, die Lobby in Genf und den Druck von der Basis auf die Regierungen auf innovative Art und Weise zu koordinieren.

*Dr. Walden Bello ist geschäftsführender Direktor von FOCUS (Focus on the Global South, <http://www.focusweb.org>) in Bangkok, Thailand und Professor für Soziologie an der Universität der Philippinen. Dieser Artikel basiert auf zwei Vorträgen, die der Autor auf dem Treffen der „Our World is not for Sale Coalition“ („Die Welt ist keine Ware“) gehalten hat, die vom 7. bis 9. Dezember 2001 in Brüssel stattfand.*

*Übersetzer : **Markus FRÖHLICH***

*Durchleserin : **Annette SUDEK***